

«Nicht auf dem Buckel der Gemeinden»

Sparpaket. Der Verband Luzerner Gemeinden VLG hat «mit grosser Besorgnis von den Finanzproblemen des Kantons Kenntnis genommen». Er fordert, dass das angekündigte Sparprogramm des Regierungsrates «nicht auf dem Buckel der Gemeinden ausgetragen wird». Diese seien durch die Abwälzung neuer Aufgaben sowie Mindereinnahmen der Steuergesetzrevision selbst am Limit.

Der Regierungsrat plant ein Sparprogramm, da dem Kanton rund 80 Mio. Franken für das Budget 2012 fehlen. Für den VLG kommt «eine Abwälzung dieser Sparübung auf die Gemeinden» nicht in Frage. Er fordert daher eine kostenneutrale Umsetzung für die Gemeinden. Viele Gemeinden seien momentan selber in einer schwierigen Lage und müssen Defizite budgetieren. In einigen Kommunen müsse sogar der Steuerfuss erhöht werden, schreibt der VLG. «Es kann nicht angehen, dass der Kanton im Rahmen seines Sparprogrammes zusätzliche Lasten auf die Gemeinden abschiebt oder bisherige Leistungen streicht». In diesem Zusammenhang unterstützt der VLG die kürzlich erfolgte Eingabe einer Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen, welche sich aus einigen Zentrumsgemeinden zusammensetzt (WB vom 23. September 2011).

In den letzten Jahren seien die Gemeinden mit verschiedenen neuen Aufgaben belastet worden, ohne dass sie bei der Erfüllung hätten mitreden können. schreibt der VLG. So müssen sie neu die Kosten für die Pflegefinanzierung befragen und ab 2013 auch die Kosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes. Allein diese beiden Projekte verursachen gemäss VLG «massive Mehrkosten, welche ausschliesslich bei den Gemeinden anfallen». Man geht von zusätzlichen Kosten für beide Projekte von 250 bis 300 Franken pro Einwohner aus. Die gleichzeitig eintretenden Mindereinnahmen aufgrund der Steuergesetzrevision verschärfen die Situation noch. Der VLG akzeptiert daher vorderhand keine Lastenverschiebungen auf den Gemeinden mehr, bis der Wirkungsbericht der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzreform 08) vorliegt. Zudem verlangt der Verband eine weitere Reduktion des Bildungskostenanteils um 5 Prozent per 2014. Heute bezahlen die Gemeinden 77,5, ab 2012 noch 75 Prozent der Gesamtkosten der Luzerner Volksschulen.

pd/WB

Höhere Kosten für Luzern

Hochschule Luzern | Neues Konkordat der Zentralschweizer Kantone

Die Hochschule Luzern (Fachhochschule Zentralschweiz; FHZ) wird künftig nicht mehr von Luzern und von Stiftungen getragen, sondern von allen Zentralschweizer Kantonen gemeinsam. Luzern wird als Standortkanton aber 1,4 Millionen Franken mehr zahlen müssen.

Nicht weniger als fünf Zentralschweizer Regierungsräte marschierten gestern Montag in Luzern auf, um das Zustandekommen des neuen FHZ-Konkordates bekannt zu geben. Der Nidwaldner Hugo Kayser bezeichnete als Präsident der Zentralschweizer Regierungskonferenz das neue Konkordat als «Meilenstein». Es zeige, dass auch in schwierigen Zeiten Lösungen gefunden werden könnten.

Schwierig war die Zusammenarbeit in der Bildungsregion Zentralschweiz geworden, weil Luzern aus dem Konkordat der Pädagogischen Hochschule (PHZ) ausgestiegen war. Vor allem Schwyz zeigte sich düpiert, weil es viel Geld in den PHZ-Standort Goldau investiert hatte.

Schwyz stellte Forderung

Schwyz nahm deshalb einen möglichen Austritt aus dem FHZ-Konkordat per 2015 auf die Traktandenliste. So weit sollte es nun aber nicht mehr kommen, wie Bildungsdirektor Walter Stählin erklärte. Er stellte sich hinter das neue Konkordat, weil Luzern auf die Forderung von Schwyz einging, die wirtschaftlichen Vorteile als Standortkanton der Hochschule stärker abzugelten.

Neu wird Luzern den Standortvorteil nicht mehr mit vier, sondern mit sechs Prozent des Jahresumsatzes abgeben. Dies bedeutet eine Zunahme von 1,4 Millionen Franken. Die anderen Kantone werden damit um 180 000 (OW) bis 380 000 Franken (SZ) entlastet. Bis auf das in Zug ansässige Institut für Finanzdienstleistungen befinden sich alle Einrichtungen der Hochschule im Kanton Luzern.

Der Luzerner Bildungsdirektor Reto Wyss, Präsident des Konkordatsrates, betonte, dass die Erhöhung auf einer sachlichen Grundlage basiere. Sie sei



«Luzern steht zum Konkordat und zur Zusammenarbeit in der Zentralschweiz.»

Reto Wyss, Bildungsdirektor des Kantons Luzern

aber auch ein Bekenntnis Luzerns zum Konkordat und zur Zusammenarbeit in der Zentralschweiz. Der Kanton Luzern drücke damit aus, «dass er weiterhin zum Konkordat steht und bei der Führung der erfolgreichen Fachhochschule auf die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz setzt. Luzern will ein verlässlicher Partner sein», so Wyss. Hugo Kayser sagte, die sechs Prozent seien die Grösse, die heute als richtig angeschaut werde.

Komplizierte Organisation

Im heutigen Fachhochschulkonkordat wird nur die Direktion gemeinsam

von den sechs Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug getragen. Die Schulen selbst waren in der Trägerschaft des Kantons Luzern (Technik & Architektur, Wirtschaft, Gestaltung & Kunst) respektive von Stiftungen (Musik, soziale Arbeit).

Dieses Konstrukt erwies sich als kompliziert. Das neue Konkordat sieht deshalb vor, die gesamte Hochschule als eine öffentlich-rechtliche Körperschaft zu führen, die von allen sechs Kantonen getragen wird.

Das neue Konkordat soll auf Anfang 2013 in Kraft treten. Es muss noch von den sechs Kantonsparlamenten genehmigt werden.

Obwohl dort eine gewisse Konkordatsmüdigkeit feststellbar sei, sei er zuversichtlich, sagte Kayser. Das neue FHZ-Konkordat bringe nämlich klare Vereinfachungen und Verbesserungen.

«Damit sind die bisherigen komplexen Strukturen, die die HSLU in ihrer Entwicklung beeinträchtigt haben, beseitigt und die Zuständigkeiten in allen Bereichen klar geregelt», erläuterte Reto Wyss vor den Medien.

Die Hochschule Luzern ist eine der sieben öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen der Schweiz. Sie besteht seit 2001 und zählt 4900 Studentinnen und Studenten.

sda/WB

Oscar Blaser verstorben

SVP-Sekretär. Oscar Blaser, Sekretär der Luzerner SVP, ist tot. Blaser starb überraschend am Donnerstag kurz nach seinem 71. Geburtstag, wie seine Familie am Samstag mitteilte. Blaser war einer der prägenden Köpfe der seit den frühen 90er-Jahren existierenden Luzerner SVP. Er gehörte zu den Gründern der SVP der Gemeinde Littau und präsidierte 2002/03 deren Parlament. Blaser war ein vehementer Gegner der Fusion von Littau mit Luzern, die auf 2010 umgesetzt wurde.

sda

Abgeschafft

Pauschalbesteuerung. Die Schaffhauser haben am Sonntag die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Die Volksinitiative «Schluss mit Steuerprivilegien für ausländische Millionäre» von SP, AL und den Gewerkschaften setzte sich mit einem Ja-Stimmenanteil von 55,1 Prozent durch. Ein Gegenvorschlag der Regierung wurde abgelehnt. Schaffhausen ist nach Zürich der zweite Kanton, der die Pauschalbesteuerung abschafft. Auch im Kanton Luzern wird bald über diese Frage entschieden, weil die Grünen per Initiative die gleiche Forderung erheben. Der Kantonsrat hat das Begehren in erster Lesung abgelehnt und unterstützt den Gegenvorschlag der Regierung.

sda/WB

«Wohnungsmarkt funktioniert nicht»

Luzern | 3. Forum der Schweizer Wohnbaugenossenschaften

Der gemeinnützige Wohnungsbau hat nur Zukunft, wenn die Wohnbaugenossenschaften zu Land und Geld kommen. Dafür brauche es politische Massnahmen, national und regional, fordern die Präsidenten der Dachverbände des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

«Der Wohnungsmarkt funktioniert nicht», kritisierte Nationalrat Louis Schelbert als Präsident des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen am Freitag in Luzern. Die Wohnungsproduktion sei mit 40 000 Einheiten pro Jahr zwar sehr hoch. Doch damit könne der gemeinnützige Wohnungsbau nicht Schritt halten. Allein um den aktuellen Marktanteil von fünf Prozent zu halten, müssten die Wohnbaugenossenschaften jährlich 2000 bis 2500 Wohnungen realisieren. Doch faktisch seien es nur 1000 bis 1500. «Wir verlieren also Anteile und das ist für den Wohnfrieden in diesem Land schlecht», sagte Schelbert.

Parlament kennt Thema kaum noch

Der Grund für den schleichenden Rückgang des gemeinnützigen Wohnungs-

baus liegt nicht bei den Wohnbaugenossenschaften. «Es fehlt an Land und an Geld», so Daniel Burri, Präsident des bürgerlichen Verbandes Wohnen Schweiz. Um die Situation zu verbes-

sern, braucht es politische Massnahmen. «Zu viele Mitglieder des Nationalrates und des Ständerates kennen den gemeinnützigen Wohnungsbau gar nicht oder versorgen ihn in die lin-

ke Schublade», beklagte der gestandene FDP-Mann Burri.

Drei Hauptforderungen

Louis Schelbert und Daniel Burri formulierten drei politische Hauptanliegen:

- > vereinfachter Zugang zu Bauland auf Brachen der Armee, der SBB, der Post, von Kanton und Gemeinden
- > Aufstockung der Mittel für den Fonds de Roulement
- > Schaffung von Zonen für den gemeinnützigen Wohnungsbau in den Orts- und Regionalplanungen.

Wohnbaugenossenschaften im Trend

Ernst Hauri, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen, versteht die Anliegen der Wohnbaugenossenschaften. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und allfälliger Begleitmassnahmen würden auch Massnahmen für den gemeinnützigen Wohnungsbau diskutiert, sagte er in seinem Referat am 3. Forum der Schweizer Wohnbaugenossenschaften in Luzern. Dabei zeigte der Zukunftsforscher David Bosshart auf, dass die Werte der Wohnbaugenossenschaften künftigen gesellschaftlichen Trends entsprechen. «Die Frage, wer mein Nachbar ist, wird trotz zunehmendem Egoismus in Zukunft wieder wichtiger.»

KB



Kämpfen gemeinsam für den gemeinnützigen Wohnungsbau: Daniel Burri (links) und Louis Schelbert.

Foto Martin Bichsel